

Frage 1: Ernährungsstrategie

Seit 2017 gibt es eine Ernährungsstrategie in Baden-württemberg. Welche konkreten Maßnahme wird Ihre Partei zur Umsetzung beitragen?

Bündnis C (Christian Papentin)

Bündnis C wird zur Umsetzung und Weiterentwicklung insbesondere folgende konkrete Maßnahmen beitragen:

1. Ernährungsbildung stärken – von klein auf
 - Ausbau praxisnaher Ernährungsbildung in Kitas und Schulen, z. B. durch Koch- und Gartenprojekte
 - Vermittlung von Wissen über gesunde Ernährung, Herkunft von Lebensmitteln und nachhaltigen Konsum
 - Unterstützung von Familien durch leicht zugängliche Informationsangebote und lokale Initiativen
2. Regionale Landwirtschaft und Wertschöpfung fördern
 - Vorrang für regionale Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Behörden und Krankenhäusern
 - Unterstützung regionaler Produzenten und kurzer Lieferketten zur Sicherung von Qualität und Versorgung
 - Förderung von Direktvermarktung und Wochenmärkten
3. Gesunde Ernährung für alle ermöglichen
 - Verbesserung der Qualität von Schul- und Kita-Verpflegung
 - Sicherstellung, dass auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu gesunden Lebensmitteln haben
 - Förderung frischer, möglichst unverarbeiteter Lebensmittel statt hochverarbeiteter Produkte
4. Lebensmittelverschwendung reduzieren
 - Förderung von Bildungs- und Informationskampagnen zur Wertschätzung von Lebensmitteln
 - Unterstützung von Initiativen zur Weitergabe überschüssiger Lebensmittel
 - Verbesserung der Rahmenbedingungen für Handel, Gastronomie und Verbraucher
5. Eigenverantwortung und praktische Kompetenz fördern
 - Vermittlung praktischer Fähigkeiten wie Kochen und Haushaltsführung
 - Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Lebensmitteln und Ressourcen
 - Stärkung der Rolle von Familien und lokalen Gemeinschaften bei der Ernährungsbildung

Bündnis Deutschland

Wir tragen zur Umsetzung insbesondere durch folgende Maßnahmen bei:

- Regionale Wertschöpfung stärken: weniger Auflagen für Direktvermarktung, Hofläden und Wochenmärkte; schnellere Genehmigungen für kleine Verarbeitungsbetriebe (Molkereien, Metzgereien, Mühlen).
- Öffentliche Beschaffung regionaler machen: Landeseinrichtungen (Schulen, Kliniken, Behördenkantinen) sollen regional einfacher einkaufen können – mit praxisnahen Vergabekriterien, nicht mit ideologischen Quoten.
- Ernährungsbildung pragmatisch ausbauen: Alltagskompetenzen (Kochen, Einkauf, Lebensmittelkunde) statt Moralunterricht.
- Lebensmittelverschwendung senken: verbindliche Ziele für landeseigene Einrichtungen (Planung, Portionsgrößen, Resteverwertung) sowie Kooperationen mit Tafeln/Foodsharing.
- Transparenz statt Zwang: freiwillige, verständliche Herkunftskennzeichnung und regionale Siegel, ohne neue Bürokratiemonster.

CDU

Für uns als CDU Baden-Württemberg ist die konsequente Umsetzung der Ernährungsstrategie ein zentraler Baustein für gute, nachhaltige Ernährung im Land.

Die im November 2025 veröffentlichte Bilanz des CDU-geführten Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zeigt, dass zahlreiche Maßnahmen angestoßen wurden – von strukturellen Verbesserungen bis hin zu konkreten Projekten in den Bereichen gutes Essen, Nachhaltigkeit in der Ernährung und kommunale Ernährungsinitiativen. Besonders wichtig ist aus unserer Sicht auch die Verwaltungsvorschrift für die Landeskantinen, die als Leitprojekt wirkt und Themen wie verhältnispräventive Angebote, bio-regionale Wertschöpfungsketten und die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung miteinander verbindet. Ein weiterer Schwerpunkt unseres Engagements ist der Aufbau starker Strukturen: Mit der Gründung des Landesentrums für Ernährung im Jahr 2019 und dem Ausbau der Fachbereiche Ernährung und Hauswirtschaft an den Landratsämtern wurde die Basis für wirksame Ernährungsbildung und eine qualitativ hochwertige Gemeinschaftsverpflegung deutlich gestärkt. Öffentlichkeitsarbeit – etwa unter der Dachmarke „Das ganze Land zu Tisch“ – sowie landesweite Ernährungstage und zusätzliche Projektmittel unterstützen diese Arbeit und tragen dazu bei, die Ernährungsstrategie im Land zu verankern.

Die Linke

Wir setzen auf eine grundlegende Wende hin zu einer sozialen und öffentlichen Versorgungsinfrastruktur, um gesunde Ernährung für alle zugänglich zu machen:

Wir wollen landesweit Kantinen aufbauen, die gesunde Ernährung zum Selbstkostenpreis für alle Menschen anbieten.

Wir beginnen damit in den am stärksten von Armut betroffenen Wohngebieten und binden Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege ein. Wir fordern kostenfreie Mittagessen an allen Kitas und Schulen. Dies soll eine qualitativ hochwertige, nachhaltige und gesunde Verpflegung nach DGE-Standards sicherstellen. Wir unterstützen den Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten sowie regionaler Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Frage 1: Ernährungsstrategie

Seit 2017 gibt es eine Ernährungsstrategie in Baden-württemberg. Welche konkreten Maßnahme wird Ihre Partei zur Umsetzung beitragen?

FDP

Die Förderung einer genussvollen, ausgewogenen und gesundheitsförderlichen Ernährung sind uns Freien Demokraten eine Herzensangelegenheit. Dazu gehören für uns Ernährungsbildung und -information von der Kindheit bis ins hohe Alter und die Förderung der regionalen Landwirtschaft und ein qualitätsvolles Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung in allen Lebenswelten.

Die Ernährungsstrategie des Landes geht hier in einigen Bereichen in die richtige Richtung, die wir weiterentwickelt wollen, wie zum Beispiel die BEKI - Bewusste Kinderernährung. Wir sprechen uns aber ganz klar gegen eine Politik des erhobenen Zeigefingers aus und wollen den Menschen im Land nicht vorschreiben, wie sie sich ernähren sollen. Das Land darf den Menschen nicht vorschreiben, was sie zu essen haben. Vor allem nicht in einer Zeit multipler Krisen, in der die Menschen alleine bei den Lebensmittelpreisen zu kämpfen haben.

Daher wollen wir zum Beispiel den öffentlichen Kantinen im Land nicht vorschreiben, wie viel Prozent ökologisch erzeugte Lebensmittel sie einsetzen sollen. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass das Land als großer Arbeitgeber und Betreiber zahlreicher Kantinen und Mensen mit gutem Beispiel voran gehen sollte, aber welche Lebensmittel zum Einsatz kommen, das wissen die Betreiber der Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung selbst am besten. Hohe Qualität darf nicht mit Bio-Quoten verwechselt werden. Das Ziel muss sein, die Menschen zu befähigen, sich mit ihrer individuellen Ernährung kritisch auseinanderzusetzen, statt ihnen über Vorgaben Entscheidungsfreiheiten zu nehmen. Für uns steht im Vordergrund, wie wir bereits frühzeitig Ernährungswissen vermitteln und attraktive Bewegungsangebote schaffen können und dabei auch die Eltern erreichen. Die Träger der Einrichtungen müssen vielmehr das Augenmerk darauf legen können, dass möglichst viele Menschen mit einem ausgewogenen und gesundheitsförderlichen Angebot erreicht werden.

Grüne

Die Ernährungsstrategie BW besteht aus 9 Leitsätzen. Und wir wollen alle 9 Leitsätze umsetzen. Die Punkte Ernährungsinformation und -bildung für alle Altersstufen, klar erkennbare Qualitätsmerkmale für die KonsumentInnen von Lebensmitteln durch verschiedene Bio-Siegel, Fair-Trade-Kennzeichnung, Gentechnik-frei-Kennzeichnung sowie Maßnahmen gegen Lebensmittel-verschwendung und die Unterstützung von food sharing Projekten sind uns besonders wichtig. Was machen wir konkret?

Mehr bio-regionales Essen in Landeskantinen und in öffentlichen Kantinen!

Wir haben in der Kantinenrichtlinie („VwV Kantine“) als erstes Bundesland verpflichtend für unsere Landeskantinen beispielsweise 30-40% bio-regionales Essen und 70% regionale Produkte und die Verwendung von Streubstapfelsaft bis 2030 festgelegt. In den nächsten Jahren wollen wir den Anteil regionaler bio-Kost in den Landeskantinen auf 70 % bis zum Jahr 2040 steigern und die Verpflichtung auf die Uni-Mensen & Uni-Kliniken ausdehnen. Außerdem wollen wir eine Modellregion einrichten, in der alle öffentlichen Einrichtungen nach den Vorgaben der VwV Kantine des Landes arbeiten (beispielsweise bis 2030 30-40% bio-regionales Essen, gleichzeitig bis zu 70% regionales Essen).

Ernährungsbildung und nachhaltige regionale Landwirtschaft zu stärken ist uns wichtig!

Essen soll Gesundheit und Wohlbefinden fördern, auch deshalb ist es so wichtig von Kindesbeinen an gesund zu essen und zu erfahren, was gesundes Essen ist. Wir wollen Esskultur und Ernährungsbildung stärken, für das Wie wollen wir gemeinsam mit Stakeholdern einen Masterplan entwickeln. Die Stärkung des Landesentrums für Ernährung ist für uns ein wichtiger Baustein für mehr Ernährungsbildung und Netzwerkarbeit im Sinne des guten und regionalen Essens. Wir wollen Ernährungsrate landauf landab weiter unterstützen, denn sie leisten im Sinne regionaler Esskultur, im Sinne regionaler Wertschöpfungsketten und Ernährungsbildung eine unschätzbare Arbeit vor Ort!

Damit wir auch weiterhin eine Vielfalt von frischen, nachhaltigen Lebensmitteln in The Länd haben, wollen wir die regionale Wertschöpfungsketten ausbauen. Besonders wichtig ist uns dabei die Stärkung von Erzeugergemeinschaften, der Ausbau der Bio-Musterregionen und die Stärkung regionaler Lieferketten. Wir arbeiten weiter daran, den Bio-Flächenanteil in Baden-Württemberg auf 30-40% bis 2030 auszubauen und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 40-50% gemäß Biodiversitätsstärkungsgesetz zu reduzieren!

Weniger Lebensmittelverschwendung!

Wir wollen die Lebensmittelverschwendung mit einer Initiative zur Wertschätzung von Lebensmitteln verringern und den Zugang von benachteiligten Gruppen zu gesunder, nachhaltiger Ernährung fördern beispielsweise wollen wir kostenloses Schulessen in einer Modellregion anbieten. In den öffentlichen Kantinen wollen wir eine Offensive gegen Lebensmittelverschwendung starten.

SPD

Wenn wir in Regierungsverantwortung sein sollten, werden wir die Ernährungsbildung in den Schulen verbessern und ausbauen. Zudem wollen wir Kampagnen für eine gesündere Ernährung mit regionalen und saisonalen Produkten auflegen. Mit Förderung und Informationen möchten wir auch die Qualität des Essens in Schulen und Kantinen verbessern, hin zu mehr regionalen und biologisch erzeugten Produkten.

Volt

Jedes Kind verdient einen gesunden Start ins Leben. Wir verankern Ernährung fest im Schulalltag durch ein neues Fach Gesundheitsbildung und sorgen für kostenfreie, regionale Mahlzeiten in Kitas und Schulen. Gleichzeitig stärken wir unsere Höfe durch weniger Bürokratie bei der Direktvermarktung und fördern regionale Netzwerke, damit gesundes Essen für alle in Baden-Württemberg bezahlbar und verfügbar bleibt. Wichtigste Maßnahmen im Programm von Volt Baden-Württemberg:

- Kostenfreie Verpflegung: Einführung eines kostenlosen, gesunden Frühstücks und Mittagessens in allen Kitas und Schulen, um den Zusammenhang zwischen Kinderarmut und unzureichender Ernährung zu durchbrechen.
- Fach Gesundheitsbildung: Einführung eines verpflichtenden Fachs „Gesundheitsbildung“ in den Klassen 7 bis 10, das unter anderem praxisnahes Wissen über Ernährung, Körper und den kritischen Umgang mit Informationen vermittelt.
- Ernährungsführerschein: Einführung eines Ernährungsführerscheins in allen Grundschulen ab Klasse 3 sowie Koch- und Einkaufsworkshops zur Vermittlung des Werts gesunder Lebensmittel.
- Regionale Gemeinschaftsverpflegung: Ausrichtung von Mensen und Kantinen auf frische, regionale und überwiegend pflanzliche Produkte nach klaren ernährungswissenschaftlichen Standards.
- Stärkung der Direktvermarktung: Abbau bürokratischer Hürden bei Dokumentationspflichten für Hofläden sowie Förderung regionaler, mobiler Schlachtereien zur Verkürzung von Tiertransporten.

Frage 2: Agrarwandel und Klimawende

Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Ernährungs- und Agrarwende in Verbindung mit dem Klimawandel bei?

Bündnis C

Die Ernährungs- und Agrarwende steht in engem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Landwirtschaft ist zugleich Betroffene wie auch Mitgestalterin klimatischer Entwicklungen. Bündnis C misst diesem Themenfeld daher eine hohe Bedeutung bei, verbindet Klimaschutz jedoch mit Versorgungssicherheit, regionaler Wertschöpfung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, die:

- regionale Kreisläufe stärkt und Transportwege verkürzt
- Bodenfruchtbarkeit, Humusaufbau und Biodiversität fördert
- innovative und ressourcenschonende Technologien nutzt
- Tierwohl verbessert, ohne heimische Betriebe zu überfordern
- Ernährungssouveränität in Baden-Württemberg und Deutschland erhält. Eine pauschale, ideologisch getriebene Reduktion landwirtschaftlicher Produktion lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Anreize statt Verbote, auf Forschung, technischnnovation, nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden und verantwortungsbewussten Konsum.

Für Bündnis C gehört zur Agrar- und Ernährungs-wende daher:

- Stärkung regionaler Produktion
- Förderung klimaangepasster Anbaumethoden
- Wertschätzung landwirtschaftlicher Arbeit
- Vermeidung von Importen aus Ländern mit niedrigeren Umweltstandards

Unser Ziel ist eine ökologisch verantwortliche, wirtschaftlich tragfähige und sozial gerechte Landwirtschaft, die sowohl zum Klimaschutz beiträgt als auch die Versorgung der Bevölkerung langfristig sichert.

Bündnis Deutschland

Klimaveränderungen sind Realität – und Landwirtschaft ist betroffen und muss damit umgehen. Für uns gilt: Anpassung und Emissionsminderung ja, aber ohne Deindustrialisierung und ohne „Verzicht als Staatsziel“.

- Klimaanpassung: Wassermanagement, Erosionsschutz, robuste und geeignete Sorten, angepasste Bewässerungsstrategien mit modernster Technik, Wald- und Uferlandstrukturen.
- Technologieoffenheit: Präzisionslandwirtschaft, effiziente Düngung, moderne Stalltechnik.
- Boden als CO₂-Senke: Humusaufbau, Agroforst, Wiedervernässung – wenn überhaupt, dort wo es wirklich sinnvoll ist, mit angemessenem Eigentümerausgleich.
- Versorgungssicherheit: Ernährungspolitik muss auch in Krisen funktionieren – regionale Produktion ist strategisch wichtig und unverzichtbar.

CDU

Wir messen dem Thema Ernährung und insbesondere einer regionalen Produktion eine große Bedeutung bei. Denn gerade regionale Produkte haben den Vorteil, dass sie kurze Wegstrecken zurücklegen und somit auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Deshalb gilt für uns als CDU, dass aus unserer Sicht regional erzeugte Produkte immer den Vorrang zu importierten Produkten genießen sollten. So trägt Ernährung auch gleichzeitig zum Klimaschutz bei.

Die Linke

Die Ernährungs- und Agrarwende ist zentral für den Klimaschutz und die soziale Gerechtigkeit.

Wir setzen uns für eine Reduktion tierischer Produkte ein. Frisches Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte müssen als Hauptbestandteil einer nachhaltigen Ernährung für alle erschwinglich sein.

Wir wollen den Ökolandbau bis 2030 auf mindestens 40 Prozent der Agrarfläche ausbauen und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Wir fordern eine flächengebundene Tierhaltung mit maximal 1,5 Großvieheinheiten pro Hektar und damit eine Reduzierung der Viehbestände, was dem Klimaschutz und dem Gewässerschutz dient. Gesunde Lebensmittel, vor allem Gemüse und Obst, müssen für alle erschwinglich sein.

Frage 2: Agrarwende und Klimawandel

Welche Bedeutung misst Ihre Partei der Ernährungs- und Agrarwende in Verbindung mit dem Klimawandel bei?

FDP

Wir wollen die Ernährung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln fördern. Eine einseitige Bevorzugung der Biolandwirtschaft lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft ein. Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe des Landes, sowohl die Produktion als auch den Absatz regionaler Lebensmittel zu fördern, ökologisch oder konventionell erzeugt. Wir halten daher nicht am 30-40% Ökolandbau-Ziel fest. Mehr Ökolandbau hierzulande führt zudem zu niedrigeren Erträgen und erhöht die Abhängigkeit von Lebensmittellimporten. Fehlende Erträge müssen in anderen Teilen der Welt produziert werden, was dort mehr Anbauflächen beansprucht. Mehr Ökolandbau ist also auch nicht per se nachhaltiger. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, was sie zu essen haben, das gilt auch mit Blick auf eine pflanzenbasierte Ernährung. Essen ist Privatsache. Niemand soll sich dafür rechtfertigen müssen, was er isst. Wichtig ist, dass Bürgerinnen und Bürger klar erkennen können, was frisch und gesundheitsfördernd ist und woher unsere Lebensmittel kommen.

Grüne

Die Grünen messen der Ernährungs- und Agrarwende eine wichtige Bedeutung für den Klimaschutz bei. Rund 30 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes entstehen beim Anbau, der Verarbeitung und dem Transport von Lebensmitteln. Diese immense Belastung des Klimas unserer „modernen“ Ernährungsgewohnheiten ist vielen Menschen nicht klar. Hier müssen wir weiter aufklären. In Deutschland liegt der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtemissionen bei rund 9%. Dabei ist die Landwirtschaft auch ein zentraler Faktor beim Schutz der Artenvielfalt. Beispielsweise mit der Unterstützung des Ökolandbaus, dem Schutz unserer landwirtschaftlich genutzten Moorböden, der Förderung von Humusaufbau und Bodenschutz wollen wir zu einer klima- und naturverträglichen Landwirtschaft beitragen. Gute Böden mit vielen Bodenlebewesen und ohne Pestizide bieten zudem einen CO₂-Speicher, schonen das Grundwasser und bieten mit ihrer Schwammfunktion zudem Hochwasserschutz. Weil unsere Tierhaltung einen großen Teil der Emissionen des Agrarsektors verantwortet, wollen wir eine stärker pflanzenbasierte Ernährung und den Anbau von pflanzlichem Eiweiß fördern. Ebenfalls ein wichtiger Ansatz zum Klimaschutz ist für uns möglichst viele Lebensmittel nach den Kriterien „regional“, „saisonal“ und „bio“ zu erzeugen und auf den regionalen Markt zu bringen.

SPD

Die Landwirtschaft trägt nicht unerheblich zu den Treibhausgasemissionen bei. Wir wollen daher die Düngeverordnung des Bundes konsequent umsetzen und den Bio-Landbau schneller voranbringen und auf 40% der Fläche erhöhen. Zudem muss auch die Fahrzeug-technik in der Landwirtschaft mittelfristig elektrifiziert werden, dazu wollen wir mit einer Förderung elektrisch betriebener Zugmaschinen und anderer landwirtschaftlichen Fahrzeuge beitragen.

Volt

Eine sichere Versorgung mit gesunden Lebensmitteln ist für uns alle essentiell. Da der Klimawandel Ernten und Höfe bedroht, machen wir die Landwirtschaft zum Partner der Transformation. Wir wollen widerstandsfähige Betriebe, die durch moderne Züchtungsmethoden, Agri-Photovoltaik und digitale Technik effizient und naturnah wirtschaften. Durch die Honorierung ökologischer Leistungen sichern wir regionale Wertschöpfung und schützen unser Klima. Wichtigste Maßnahmen aus dem Programm von Volt Baden-Württemberg:

- Gestützte Mehrgewährversicherung: Einführung einer Versicherung gegen Dürre, Starkregen, Frost und Hagel, bei der das Land einen Anteil der Prämien übernimmt, um Betriebe finanziell abzusichern.
- Präzise Züchtungsmethoden: Ende der Blockadehaltung gegenüber moderne Verfahren wie CRISPR/Cas unter strengen wissenschaftlichen Standards, um klimaresiliente und effiziente Pflanzensorten zu entwickeln.
- Ausbau von Agri-Photovoltaik: Gezielte Förderung und vereinfachte Genehmigung von Solarmodulen auf Äckern, die gleichzeitig Energie liefern, Ernten vor Wetterextremen schützen und zusätzliche Einnahmen schaffen.
- Landwirtschaft 4.0: Umbau von Förderprogrammen, um digitale Systeme wie Satellitenauswertungen und Sensortechnik für präzisere Düngung und Fütterung auch für kleine Betriebe zugänglich zu machen.
- Kampf gegen Lebensmittelverschwendung: Einführung einer Spendenpflicht für Supermärkte ab einer bestimmten Größe, um überschüssige, genießbare Waren an soziale Einrichtungen abzugeben.
- Stärkung der Direktvermarktung: Abbau bürokratischer Hürden bei Dokumentationspflichten für Hofläden sowie Förderung regionaler, mobiler Schlachtereien zur Verkürzung von Tiertransporten.
- Regenerative Landwirtschaft: Förderung der Umstellung auf regenerative Anbausysteme (z.B. Agroforstwirtschaft, Zwischenfruchtbau) zum Erhalt der Bodengesundheit und Biodiversität.

Frage 3: Ernährungsräte

Welche Bedeutung haben für Ihre Partei die Ernährungsräte und deren Aktivitäten in Bezug auf die Erreichung von Klimaschutz-Zielen? Wie wird Ihre Partei dazu beitragen, die Existenz der Ernährungsräte zu sichern und deren Arbeit zu unterstützen?

Bündnis C

Ernährungsräte können einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie Bürger, Landwirtschaft, Handel, Politik und Zivilgesellschaft auf regionaler Ebene zusammenbringen. Bündnis C erkennt insbesondere ihre Rolle als Dialogplattform, um regionale Versorgung zu stärken, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und das Bewusstsein für nachhaltige Ernährung zu fördern. Solche regionalen Initiativen können indirekt auch zur Erreichung von Klimaschutzziele beitragen, etwa durch kürzere Transportwege und die Stärkung regionaler Kreisläufe. Gleichzeitig ist für Bündnis C entscheidend, dass Ernährungsräte praxisnah, ideologisch ausgewogen und im Dialog mit der landwirtschaftlichen Realität arbeiten.

Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht durch zusätzliche Bürokratie oder einseitige Vorgaben belastet werden, sondern müssen als gleichberechtigte Partner eingebunden sein. Bündnis C wird sich daher dafür einsetzen:

- den offenen Dialog zwischen Ernährungsräten, Landwirten, Verbrauchern und Kommunen zu fördern
- regionale Initiativen zur Stärkung lokaler Lebensmittelversorgung zu unterstützen
- den Wissenstransfer über nachhaltige, regionale und verantwortungsvolle Ernährung zu erleichtern
- kommunale Handlungsspielräume zu stärken, damit erfolgreiche lokale Lösungen entstehen können

Eine dauerhafte staatliche Finanzierung muss dabei verantwortungsvoll geprüft werden. Vorrang haben für uns effektive, bürgernahe und freiwillige Strukturen, die konkrete Verbesserungen vor Ort bewirken. Unser Ziel ist eine starke regionale Ernährungskultur, die Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucher gleichermaßen berücksichtigt und durch Zusammenarbeit statt durch zentrale Vorgaben geprägt ist.

Bündnis Deutschland

Ernährungsräte können nützlich sein – als Netzwerk zwischen Kommunen, Erzeugern, Handel, Handwerk und Großküchen. Sie dürfen aber nicht zum aktivistischen Parallelparlament werden.

- Projektbezogene Förderung statt Dauerfinanzierung: klare Ziele, messbare Ergebnisse, Transparenz über Mittelverwendung.
- Pluralität als Bedingung: Landwirtschaft, Mittelstand, Verbraucher und Kommunen müssen gleichberechtigt vertreten sein.
- Fokus auf Umsetzbarkeit: Lieferketten, Logistik, Beschaffung, Reduktion von Verschwendung – nicht Symbolpolitik.

CDU

Aus unserer Sicht als CDU BW sind Multiplikatoren für das Thema Ernährung immens wichtig, um das Thema Ernährung innerhalb der Gesellschaft zu etablieren. Ernährungsräte, die den Aspekt der regionalen Erzeugung und Ernährung in die Fläche bringen, erachten wir daher für sehr sinnvoll. Die Ernährungsräte sind hier ein wichtiger Baustein. Dies werden wir versuchen in Zukunft fortzusetzen.

Das CDU-geführte Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat in den vergangenen Jahren ehrenamtliche Initiativen mit Sachmitteln über den Beteiligungstaler Ernährung unterstützt. Dieses Förderinstrument unterstützt gezielt Projekte, die eine nachhaltige und gesunde Ernährung in der Gesellschaft voranbringen.

Die Linke

Wir sehen Ernährungsräte als essenzielles Instrument, um lokale Ernährungsstrategien umzusetzen. Sie ermöglichen es, die Machtkonzentration von Konzernen zu beschränken und faire Strukturen direkt vor Ort aufzubauen. Für uns ist dies ein Schlüssel, um Ernährungssouveränität zurückzugewinnen und regionale Wertsöpfungsstrukturen demokratisch zu gestalten. Die Arbeit der Ernährungsräte ist für uns untrennbar mit dem Erreichen von Klimaschutz-Ziele verbunden. Wir betrachten die Ernährungs- und Agrarwende als zentralen Baustein, um Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinen. Konkret bedeutet das:

Ernährungsräte helfen dabei, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und Transportwege zu verkürzen, was direkt dem Klimaschutz dient. Wir wollen regionale Marketinginitiativen und Bürgerräte unterstützen, um die Position von Erzeugern und Verbrauchern in der Region zu stärken. Durch die Vernetzung lokaler Akteure und Kommunen können Maßnahmen zur Regionalisierung partizipativ erarbeitet werden. Ein regionales Wertsöpfungsmanagement, wie es oft von Ernährungsräten angestoßen wird, ist hierfür sinnvoll. Wir setzen uns dafür ein, lokale Ernährungsstrategien und Ernährungsräte aktiv zu fördern. Sie sind notwendig, um den Druck globaler Agrarkonzerne abzuwehren und eine nachhaltige Versorgungsinfrastruktur aufzubauen, die ökologische und soziale Kriterien in den Mittelpunkt stellt.

Wir unterstützen die Einrichtung von Bürgerräten auch im Bereich der Landwirtschaft und Ernährung, um regionale Marketinginitiativen und Verarbeitungskapazitäten zu begleiten. Wir wollen regionalisierte Wirtschaftskreisläufe unter Einbezug und Vernetzung der lokalen Akteure und Kommunen gestalten. Ernährungsräte sind hierfür ein wichtiges Instrument der Mitbestimmung und Vernetzung.

Frage 3: Ernährungsstrategie

Welche Bedeutung haben für Ihre Partei die Ernährungsräte und deren Aktivitäten in Bezug auf die Erreichung von Klimaschutz-Zielen? Wie wird Ihre Partei dazu beitragen, die Existenz der Ernährungsräte zu sichern und deren Arbeit zu unterstützen?

FDP

Wir können uns vorstellen, die Arbeit der Ernährungsräte zu unterstützen. Aussagen über konkrete Finanzmittel wären zum jetzigen Zeitpunkt unseriös und müssen im kommenden Landeshaushalt entschieden werden.

Grüne

Wir schätzen die Arbeit der Ernährungsräte sehr, da

- Sie lokale Ernährungs- und Nachhaltigkeitslösungen entwickeln, z. B. zu regionaler Wertschöpfung, klimafreundlicher Gemeinschaftsverpflegung und kurzen Lieferketten – also genau das, was die Ernährungsstrategie des Landes fordert.
- Sie nachhaltige, klima- und naturverträgliche Ernährung als politisches und gesellschaftliches Thema vor Ort verankern, indem Sie mit Bürger*innen, Verwaltung, Handel, Landwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.
- Ihre Aktivitäten helfen, die Leitsätze der Ernährungsstrategie umzusetzen, insbesondere nachhaltigen Konsum, regionale Wertschöpfung und Ernährungsbildung.

Unsere Landesstrategie unterstützt lokale Ernährungsinitiativen wie Ernährungsräte und benennt sie als wichtige Akteure für lokale Ernährungssysteme. Wir Grüne sehen weitere Punkte um die Ernährungsräte im Land (weiter) zu fördern und auszubauen:

- Wir wollen die Fördermittel für Ernährungsräte sichern und wenn möglich ausbauen.
- Wir wollen Netzwerken zwischen Ernährungsräten /lokalen Ernährungsinitiativen und weiteren Stakeholdern aus dem Bereich stärken und fördern.
- Wir wollen den Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz sowie den Kulturlandschaftsrat der Landesregierung jeweils um die Ernährungsräte erweitern.
- Wir halten es für sinnvoll, die Ernährungsräte in Strategieprozesse (z. B. Öffentliche Gemeinschaftsverpflegung) einzubinden.

SPD

Wir schätzen die Arbeit der Ernährungsräte und empfinden sie als eine Unterstützung unserer Ziele in der Ernährungspolitik. Wir werden prüfen, welche Unterstützung seitens des Landes für die Ernährungsräte sinnvoll und erforderlich ist und wären dankbar für ganz konkrete Vorschläge.

Volt

Wir wünschen uns ein gesundes Leben im Einklang mit unseren Lebensgrundlagen. Dafür unterstützen wir Ernährungsräte als zentrale Akteure für lokale, nachhaltige Ernährungssysteme. Wir erreichen dies, indem wir die politische Teilhabe stärken und regulatorische Hürden für zivilgesellschaftliche Initiativen abbauen, beispielsweise durch Förderungen, die einfacher zu beantragen sind. Unser Programm sieht vor, Bottom-up-Bewegungen als Berater der Politik zu etablieren.

Frage 4: Projekt-Förderung

Wird Ihre Partei sich für eine Förderung konkreter Projekte einsetzen wie z.B. eine landesweite Aktionswoche für mehr regionale Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, Ernährungsbildung, uvm.

Bündnis C

Ja, Bündnis C wird sich für die Förderung konkreter und praxisnaher Projekte einsetzen, die das Bewusstsein für gesunde Ernährung stärken und die regionale Landwirtschaft unterstützen. Dazu gehören auch Initiativen wie landesweite Aktionswochen für regionale Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, Projekte zur Ernährungsbildung sowie Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung von Erzeugern und Verbrauchern. Besonders wichtig ist uns dabei:

- Stärkung regionaler Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, z. B. in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Behörden
- Förderung der Ernährungsbildung, um praktische Kompetenzen und Wissen über Herkunft, Qualität und Zubereitung von Lebensmitteln zu vermitteln
- Unterstützung regionaler Wertschöpfungsketten, damit heimische landwirtschaftliche Betriebe gestärkt werden
- Förderung freiwilliger und praxisnaher Initiativen, die konkrete Verbesserung vor Ort bewirken. Dabei setzt Bündnis C auf Kooperation statt Verpflichtung. Erfolgreiche Projekte entstehen vor allem dort, wo Kommunen, Bildungseinrichtungen, Landwirtschaft und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten. Unser Ziel ist es, regionale Lebensmittel stärker in den Alltag zu integrieren, das Bewusstsein für Ernährung zu fördern und gleichzeitig die heimische Landwirtschaft nachhaltig zu stärken.

Bündnis Deutschland

Ja – wenn Projekte praktisch sind, Wirkung zeigen und nicht nur „Awareness“ verwalten.

Schwerpunkte:

- Ernährungsbildung an Schulen: Koch- und Einkaufskompetenz, Lebensmittelkunde, Betriebsbesuche, regionale Produktkunde.
- Weiterbildung in der Gemeinschaftsverpflegung: regionale Beschaffung, saisonale Speisepläne, Resteverwertung, wirtschaftliche Küchenführung.
- Aktionswoche „Regional auf den Teller“ (landesweit): mit Kantinen, Schulen, Kliniken und regionalen Erzeugern – mit echten Lieferbeziehungen, nicht nur Plakaten.
- Verbraucherinformation (ohne Moralkeule): verständliche Infos zu Herkunft, Saison, Lagerung, Verschwendung vermeiden – keine Umerziehungskampagnen.

CDU

Es bestehen bereits seit vielen Jahren verteilt über das Jahr verschiedene geeignete Aktionswochen und Formate (Ernährungstage im Februar, Aktionstage zum EU-Schulprogramm, Tag der Kitaverpflegung, Tag der Schulpflegung, Erntedank- Wochen, etc.). Die Landesaktion „Gläserne Produktion“ bietet ebenfalls die Möglichkeit gezielter Information und Verbraucherkommunikation. Diese Aktionen und Maßnahmen halten wir als CDU für wichtig.

Die Linke

Wir fördern Projekte, die Bildung, Aufklärung und praktische Umsetzung verbinden: Ernährungsbildung soll anwendungsorientiert erfolgen, beispielsweise durch gemeinsames Kochen und Zubereiten von Mahlzeiten mit Kindern und Jugendlichen sowie die Anlage von Schulgärten.

Wir setzen uns für den Ausbau und die kostenfreie Bereitstellung von gesundem Essen in Kitas und Schulen ein. Dies beinhaltet auch den Aus- und Umbau von Küchen und die Ausstattung von Räumlichkeiten zum Essen. Wir fordern ein einheitliches staatliches Label für Lebensmittel, das Klima, Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt, um Konsument*innen transparent zu informieren. Zudem setzen wir uns für Werbeverbote für besonders klimaschädliche oder ungesunde Produkte (z.B. an Schulen) ein.

Frage 4: Projekt-Förderung

Wird Ihre Partei sich für eine Förderung konkreter Projekte einsetzen wie z.B. eine landesweite Aktionswoche für mehr regionale Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung, Ernährungsbildung, uvm.

FDP

Für welche Projekte werden Sie sich einsetzen?

- Ernährungsbildung an Schulen
- Weiterbildung der Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen
- Kampagnen für Konsument*innen hin zu einer klimabewussten Ernährung

Unser Leitbild sind gut informierte, mündige Konsumentinnen und Konsumenten. Dazu braucht es eine umfassende Ernährungsbildung und -information, aber ohne erhobenen Zeigefinger und Bevormundung. Projekte zur Ernährungsbildung an Schulen werden wir deshalb weiterentwickeln und ausbauen wie auch die Weiterbildung der Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen. Was Ernährungskampagnen betrifft hat die Vergangenheit gezeigt, dass diese kostspielig sind aber wenige konkrete Effekte bringen. Fakt ist, wir brauchen wieder mehr Wertschätzung für unsere Lebensmittel. Dazu gehört aber vernünftiges Wissen über die landwirtschaftliche Produktion im Land und der Ausbau des Regionalmarketings in Baden-Württemberg.

Grüne

Ja.

- Wir Grünen wollen die Ernährungsstrategie aktiv umsetzen und weiterentwickeln – dazu gehören auch konkrete Aktionen zur Förderung regionaler, nachhaltiger Ernährung.
- Baden-Württemberg führt bereits jetzt landesweite Ernährungstage/Ernährungswochen durch, bei denen Workshops, Informationsangebote und Aktionen zu regionalen Produkten, nachhaltiger Ernährung und Ernährungsbildung in Kantinen, Mensen, etc. stattfinden.
- Es gibt außerdem Themen- bzw. Aktionswochen wie „Baden-Württemberg is(s)t Bio in der Gemeinschaftsverpflegung“, bei der Kantinen und Mensen regional-biologische Lebensmittel ins Zentrum stellen. Diese Aktivitäten wollen wir fortführen.

SPD

Im Zuge der Aufklärungsarbeit und Imagekampagnen für eine gesündere und klimagerechtere Ernährung halten wir auch die Aktionswochen für sinnvoll und nützlich und unterstützen diese gerne.

Volt

Wir möchten, dass Gesundheit kein Privileg ist, sondern im Alltag beginnt. In unserem Landtagswahlprogramm im Kapitel „Gesund aufwachsen“ fordern wir frische, regionale Mahlzeiten in allen Bildungseinrichtungen. Durch das neue Fach Gesundheitsbildung und den Ernährungsführerschein ab Klasse 3 vermitteln wir Kindern praktisches Wissen über Lebensmittel. Mit Koch-Workshops und Projektwochen stärken wir die Wertschätzung für regionale Produkte und unterstützen unsere Höfe.